

31 Abgeordneter  
Hendrik Wüst CDU

### **Kommen die Wirtschafts- und Energiepolitik im Haus von Minister Voigtsberger zu kurz?**

Der Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass sowohl im Ministerium als auch weiterhin auf Seiten von Wirtschaft und Industrie Unmut herrscht über die Arbeit des neugeschaffenen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr.

So schreibt die Neue Westfälische am 09. Februar:

*„Das unmögliche Ministerium. Im Ressort von Minister Voigtsberger sind die Mitarbeiter frustriert und die Arbeit blockiert“*

*„... das Ministerium mit den vielen Zuständigkeiten ist nach Einschätzung der Mitarbeiter eine Fehlkonstruktion. Der Minister und sein Staatssekretär Günther Horzetzky wirken überfordert. Beamte müssen unzumutbar lange auf Entscheidungen warten, die Wirtschaft im Land ist zunehmend sauer auf Voigtsberger, weil er kaum Zeit für sie hat.“*

*„Ein Treffen mit dem Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft sagte er ganz ab, obwohl er als Redner die rot-grüne Mittelstandspolitik erklären sollte.“*

*„Das viel zu große Ministerbüro beherrsche das schlichte Handwerk nicht, schimpft ein erfahrener Mitarbeiter. Terminabsprachen funktionieren nicht, die Fachabteilungen mit ihren unterschiedlichen Interessen werde nicht gehört. Andere klagen, dass Voigtsberger für Termine nach 18 Uhr und an Wochenenden nur sehr schwer zu gewinnen sei.“*

*„Die 250 Leute aus dem alten Wirtschaftsministerium fühlen sich wie im Vorruhestand, spottet ein altgedienter Ministerialer.“*

*„Wirtschaftspolitik sei zum größten Teil Psychologie und bestehe darin, sich zu kümmern, sagt einer der Experten. Seine Vorgängerin Christa Thoben (CDU) sei ständig durchs Land gereist und habe am liebsten Familienunternehmen besucht, Voigtsberger dagegen komme gar nicht oder zu spät.“*

Da davon auszugehen ist, dass sowohl der Minister als auch sein Staatssekretär ihren Amtseid ernst nehmen und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten maximal engagieren, stellt sich die Frage:

Warum nutzt der Minister die Chancen der gleichzeitigen Zuständigkeit für Verkehr, Infrastruktur, Arbeitsplätze und Energie (und für vieles andere) nicht für eine zukunftsorientierte Standortpolitik im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen und der Arbeitsplätze hierzulande?

32 Abgeordneter  
Christof Rasche FDP

**Wie hält es die Landesregierung mit dem Ziel, mittelstandsfreundliche Vergaben zu befördern?**

Ausweislich ihres Koalitionsvertrages haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Ziel gesetzt, mittelstandsfreundliche Vergabeverfahren zu befördern. In der Praxis ihres Regierungshandelns ist davon leider wenig zu sehen. Ganz im Gegenteil: Der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen hat unlängst die Bedingungen für die Ausschreibung von Neu- und Ersatzinstallationen von Schutzplanken an Bundesfern- und Landesstraßen zu Lasten kleiner mittelständischer Unternehmen verändert.

War es bisher so, dass die Ausschreibungen in Losgrößen erfolgten, die durch zwei Kolonnen durchgeführt werden konnten, sind nach Berichten betroffener Unternehmen die Losgrößen durch zentrale Ausschreibung deutlich ausgeweitet worden. Das bedeutet für einen mittelständischen Betrieb der Branche, Investitionen von rund 250.000 Euro für mindestens eine weitere Kolonne vornehmen zu müssen, ohne natürlich eine Garantie dafür zu haben, am Ende auch den Zuschlag zu erhalten.

Während in der Regierungsverantwortung von FDP und CDU auch im Bereich der Landesbetriebe größter Wert auf mittelstandsfreundliche Vergabeverfahren und Losgrößen gelegt wurde, scheint dies unter der rot-grünen Landesregierung nicht mehr der Fall zu sein.